

NEUSTART FÜR DIE ENERGIEWENDE: FINANZIERUNG GERECHTER REGELN



Die meisten Verbraucherinnen und Verbraucher sind für die Energiewende. Diese Zustimmung darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Privathaushalte zahlen einen wachsenden Teil der Kosten für die Umsetzung der Energiewende. Gleichzeitig werden immer mehr Unternehmen entlastet. Das ist unfair. Ein durchschnittlicher Vierpersonenhaushalt gibt heute pro Jahr mehr als das Doppelte für Strom aus als zur Jahrtausendwende.

Im Jahr 2000 wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit dem Ziel eingeführt, den Ausbau der erneuerbaren Energieträger zu fördern. In den Folgejahren reformierte die Bundesregierung das Gesetz mehrfach. Das Ergebnis: Die Kosten der Energiewende werden einseitig von den Verbrauchern getragen, indem sie Netzentgelte und die EEG-Umlage mit ihrer Stromrechnung bezahlen. Immer mehr Unternehmen werden von beidem fast vollständig befreit. Ihren Anteil müssen die Haushaltskunden zusätzlich schultern. Die immer günstigeren erneuerbaren

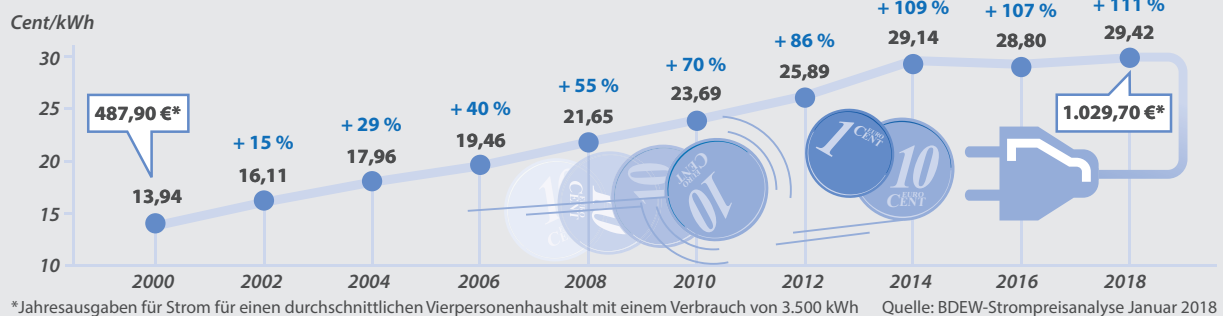
Energien senken außerdem die Strompreise an der Strombörse. Die Energieversorger geben die Einsparungen aber nicht an die Verbraucher weiter. Somit steigen die Strompreise immer weiter.



Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) fordert, dass private Verbraucher bei den Stromkosten entlastet werden. Die Kosten der Energiewende müssen gerechter verteilt werden. Eine Teilfinanzierung durch Steuermittel ist dafür unverzichtbar.

STROM MEHR ALS DOPPELT SO TEUER WIE IM JAHR 2000

Durchschnittlicher Strompreis für Privathaushalte in Cent pro Kilowattstunde



DER VZBV FORDERT



Stromsteuer abschaffen: Im Jahr 1999 wurde die Stromsteuer eingeführt, um Verbraucher zum Stromsparen zu bewegen. Ihre Lenkungswirkung hat sie aber angesichts der hohen Strompreise längst verloren. Der Staat kassiert mit der Stromsteuer sogar doppelt, indem er Mehrwertsteuer auf sie erhebt.



Netzentgeltbefreiung streichen: Für die Anbindung an das Stromnetz zahlen Haushalte, Gewerbe und Industrie unterschiedlich hohe Netzentgelte. Im privaten Bereich machen sie inzwischen 26 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsstrompreises aus. Dagegen werden einige Unternehmen ganz von Netzentgelten befreit. Die einseitige Entlastung muss gestrichen werden. Der Strompreis für Verbraucher könnte dadurch sinken.



Aus Steuermitteln teilfinanzieren: Bei der Finanzierung erneuerbarer Energien sollten Privatpersonen nicht mehr die Kosten für entlastete Unternehmen mittragen müssen. Ein Teil des Strompreises ist deshalb aus Steuermitteln zu finanzieren. So können insbesondere einkommensschwache Haushalte entlastet werden.



Industriellen Eigenstromverbrauch mit voller EEG-Umlage belasten: Wer aus fossilen Energien selbst Strom erzeugt und verbraucht, muss dafür die volle EEG-Umlage zahlen. Die Industrie ist davon weitgehend befreit. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch klimaschädlich.

DATEN UND FAKTEN

i 82 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher befürworten den Ausstieg aus der Atomenergie und sprechen sich für die Energieversorgung mit erneuerbaren Energien bei weitgehendem Verzicht auf fossile Energien aus.¹

i Die Industrie ist der stärkste Stromverbraucher. Die größten Zahler für die Energiewende sind aber die Verbraucher. Privathaushalte verbrauchen 25 Prozent Strom, zahlen aber 36 Prozent der EEG-Umlage.²

i Verbraucher könnten jährlich um rund 5,2 Milliarden Euro bei der Finanzierung der Energiewende entlastet werden. Allein die weitgehende Abschaffung der Stromsteuer hätte einen Einspareffekt von 3,4 Milliarden Euro.³

i Die erneuerbaren Energien senken die Strompreise an der Strombörse. Nicht alle Energieversorger geben die Einsparungen aber an die Verbraucher weiter. Die Strompreise für Verbraucher (29,42 Cent pro kWh) und für die Industrie (17,20 Cent pro kWh) gehen zudem weit auseinander.⁴

STROMPREISE – AUF DEM WEG NACH OBEN



Familie Beckmann ist erbost: Ihr Stromanbieter erhöht schon wieder den Preistarif und begründet das mit gestiegenen Netzentgelten und Umlagen für die Energiewende. Vater Günther schaut in die Abrechnungen der letzten zwanzig Jahre und stellt fest: Im Vergleich zur Jahrtausendwende zahlt sein Vierpersonenhaushalt bei

gleich gebliebenem Energieverbrauch über 1.000 Euro mehr und damit doppelt so viel. Er will wissen, warum das so ist. Schließlich berichten die Zeitungen, dass die Beschaffungskosten für Strom durch die Erneuerbaren sinken. Er erkennt: Die staatlichen Belastungen machen heute mehr als die Hälfte des Strompreises aus. Allein für die Stromsteuer bezahlt die Familie 71 Euro im Jahr, weitere 255 Euro entfallen auf die Netzentgelte und 238 Euro auf die EEG-Umlage. Viel Geld, das sie gut für den Haushalt, für Kleidung und die Kinder gebrauchen könnten.

Vergünstigungen den Stecker ziehen

Und doch sind die Beckmanns sich einig: Die Energiewende muss bezahlt werden und einige energieintensive Unternehmen brauchen bei der Finanzierung Unterstützung, damit sie weiter in Deutschland produzieren können. Dass aber immer mehr Betriebe von den Belastungen befreit werden, versteht das Ehepaar nicht. Ihm ist klar: Ein Wechsel des Stromanbieters ändert das nur begrenzt. Nur wenn die Kosten für die Energiewende endlich gerecht verteilt werden, kann Strom für die Privathaushalte insgesamt spürbar günstiger werden.



Kontakt:

Dr. Thomas Engelke
Teamleiter Energie und Bauen
Energie@vzbv.de

1 Energiewendekosten gerechter verteilen: Handel und private Verbraucher um 5,2 Milliarden Euro pro Jahr entlasten | Positionspapier von vzbv & HDE | 26. September 2017

2 Energiewendekosten gerechter verteilen: Handel und private Verbraucher um 5,2 Milliarden Euro pro Jahr entlasten | Positionspapier von vzbv & HDE | 26. September 2017

3 Energiewendekosten gerechter verteilen: Handel und private Verbraucher um 5,2 Milliarden Euro pro Jahr entlasten | Positionspapier von vzbv & HDE | 26. September 2017

4 BDEW-Strompreisanalyse, Haushalte und Industrie, Januar 2018, S. 11 und 24.